

XXIV. GP.-NR

6963 /AB

02. Feb. 2011

BUNDESKANZLERAMT ■ ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIN

FÜR FRAUEN UND ÖFFENTLICHEN DIENST

zu 7063 /J

GABRIELE HEINISCH-HOSEK

An die  
Präsidentin des Nationalrats  
Mag<sup>a</sup> Barbara PRAMMER  
Parlament  
1017 Wien

GZ: BKA-353.290/0003-I/4/2011

Wien, am 1. Februar 2011

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Gartelgruber, Kolleginnen und Kollegen haben am 2. Dezember 2010 unter der **Nr. 7063/J** an mich eine schriftliche parlamentari-sche Anfrage betreffend Zwangsehen in Österreich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

- *Gibt es inzwischen in Österreich eigene Kriminalstatistiken über das Verbrechen der Zwangsehe?*
- *Wenn nein, ist geplant in Zukunft eine eigene Statistik über das Verbrechen der Zwangsehe zu führen?*

Diese Fragen betreffen keinen Gegenstand der Vollziehung meines Zuständigkeits-bereiches.

Zu den Fragen 3 bis 11:

- *Welche Erkenntnisse gibt es in Ihrem Ressort zum Verbrechen der Zwangsehe?*
- *Welche Maßnahmen wurden bisher in Ihrem Ressort ergriffen, um das Verbrechen der Zwangsehe zu bekämpfen?*
- *Sind diese Maßnahmen Ihrer Ansicht nach ausreichend oder gedenken Sie diese Maßnahmen in Zukunft zu intensivieren oder neue Maßnahmen zu setzen?*
- *Welche Maßnahmen zum Schutz der Opfer wurden bisher von Ihnen gesetzt?*
- *Sind diese Maßnahmen Ihrer Ansicht nach ausreichend oder gedenken Sie diese Maßnahmen in Zukunft zu intensivieren oder neue Maßnahmen zu setzen?*
- *Welche Maßnahmen zur Prävention von Zwangsehen wurden bisher in Ihrem Ressort ergriffen?*

- *Sind diese Maßnahmen Ihrer Ansicht nach ausreichend oder gedenken Sie diese Maßnahmen in Zukunft zu intensivieren oder neue Maßnahmen zu setzen?*
- *Arbeiten Sie mit Vereinen, Initiativen, Nichtregierungsorganisationen oder anderen Einrichtungen, die sich dem Kampf gegen Zwangsehen oder dem Schutz der Opfer widmen, zusammen?*
- *Wenn ja, mit welchen?*

In Fortführung der Aktivitäten, die von mir bereits in Anfragebeantwortungen zu parlamentarischen Anfragen (etwa zu 3746/J/2009 und zu 6710/J/2010) mitgeteilt wurden, setze ich mich weiterhin vehement für Maßnahmen gegen traditionsbedingte Gewalt an Frauen ein.

So habe ich veranlasst, dass zwei neue Projekte starteten, die vom Verein Orient Express organisiert und durchgeführt werden und die sich insbesondere mit den Themen Zwangsehe, FGM und Generationenkonflikte auseinandersetzen. Es sind dies:

1. Trainingsangebote zu den Themen Zwangsheirat, FGM und Generationenkonflikte, die sich an MultiplikatorInnen, wie z.B. LehrerInnen, SozialarbeiterInnen, MitarbeiterInnen in Jugendeinrichtungen, FamilienrichterInnen, usw. wenden und in ganz Österreich durchgeführt werden
2. Eine Ausbildung zu Peer-to-Peer-Multiplikatorinnen, u.a. für den Bereich der traditionsbedingten Gewalt. Junge (betroffene) Frauen mit Migrationshintergrund können durch diese Ausbildung eine Zusatzqualifikation erwerben und erhalten dadurch auch eine Chance für die weitere Entwicklung im beruflichen Leben.

Wie bereits in der parlamentarischen Anfragebeantwortung zu Nr. 5621/J mitgeteilt, wurden und werden darüber hinaus aus Fördermitteln meines Ressorts Beratungseinrichtungen sowie Projekte, die Maßnahmen zur Prävention und Eliminierung von Zwangsehen und/oder FGM setzen, subventioniert, da es mir ein grundsätzliches Anliegen ist, Initiativen in diesem Bereich bestmöglich und im Rahmen der budgetären Möglichkeiten zu unterstützen.

Zu Frage 12:

- *Wie hoch sind die Mittel, die in Ihrem Ressort zur Bekämpfung von Zwangsehen zur Verfügung stehen?*

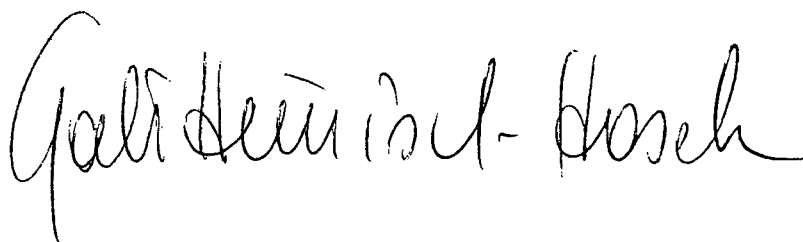
Die Mittel für Maßnahmen zur Bekämpfung von Zwangsehen werden im Rahmen der für Frauenangelegenheiten zur Verfügung stehenden Budgetmittel bereitgestellt und werden nicht gesondert ausgewiesen.

Zu den Fragen 13 und 14:

- *Wie beurteilen Sie den Schritt der deutschen Bundesregierung, einen eigenen Tatbestand der Zwangsehe zu schaffen?*
- *Sind Sie der Ansicht, dass die momentanen gesetzlichen Vorgaben in Österreich ausreichend sind, um die Täter wirksam zu verfolgen und die Opfer zu schützen?*

Bereits durch das Strafrechtsänderungsgesetz 2006 wurde die Rechtslage verbessert. Ich erachte die bestehende Regelung für Österreich als ausreichend. Unser Augenmerk sollte sich auf den präventiven Bereich konzentrieren, um betroffene Frauen und Mädchen zu stärken.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, reading "Gail Heunisch-Hoseh". The script is cursive and fluid, with the first name "Gail" and last name "Hoseh" being more prominent than the middle name "Heunisch".